



IW-Policy Paper 7/2020

Eine wirtschaftspolitische Exit-Strategie aus dem Corona-Lockdown

Version 1.0
Hubertus Bardt / Michael Hüther

Köln, 04.04.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Die Herausforderung	5
2 Schwierigkeiten des Exits	7
3 Politische Gestaltung des Exits	9
Abstract	14

JEL-Klassifikation:

O40 – Wirtschaftswachstum

I15 – Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung

H12 – Krisenmanagement

Zusammenfassung

Die durch die Bekämpfung der Corona-Epidemie verursachte Dämmung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wird erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen haben. Wichtige Bereiche der Industrie und der Dienstleistungen sind ganz oder teilweise heruntergefahren worden. Eine Wiederaufnahme der Tätigkeit sollte so schnell wie möglich erfolgen, wenn die medizinischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Dafür bedarf es einer klaren Exit-Strategie und einer Reihe von Schritten, die eine Wiederkehr zu alten Wohlstands- und Wachstumsdaten ermöglichen.

Nach der Überlebenssicherung während der Krise durch verschiedene Liquiditätshilfen und Überbrückungskrediten gehört zum erneuten Anfahren der Wirtschaft vor allem der Neustart der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere von Schulen und Kindergärten. Um ein abgestimmtes Anfahren der komplexen Wertschöpfungsnetzwerke der Industrie zu ermöglichen, müssen klare Signale zum zeitlichen Ablauf gesetzt werden. Ein steuerpolitisches Aufbruchssignal und ein angebotspolitisches Wachstumsprogramm können einen wichtigen Beitrag für neue wirtschaftliche Dynamik nach der Krise leisten.

1 Die Herausforderung

Die gegenwärtige durch das Coronavirus verursachte Pandemie der Krankheit Covid-19 stellt ein beachtliches gesundheitliches Risiko für das ganze Land dar. Zur Bewältigung dieser Krise müssen in erheblichem Umfang wirtschaftliche Ressourcen für das Gesundheitssystem eingesetzt werden: Intensivbetten müssen erhöht, Beatmungstechnologie beschafft, Testkapazitäten vergrößert und Personalressourcen aufgestockt sowie – von hoher praktischer Bedeutung und vertrauensbildender Kraft – Schutzmasken sowie Schutzbekleidung verlässlich verfügbar gemacht werden. Angesichts der gesundheitlichen Risiken sind die hierfür aufzubringenden Kosten gegenwärtig nicht relevant.

Notwendig ist auch das Herunterfahren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, um die exponentielle Verbreitung der lebensbedrohlichen Viruserkrankung zu verhindern (Tabelle 1-1). Seit dem 16. März sind bundesweit Schulen und Kindergärten geschlossen, soziale Kontakte werden auf ein Minimum reduziert. Seit dem 23. März gelten zudem verschärfte Kontaktbeschränkungen. Teilweise als Folge dieser Maßnahmen, teilweise auf direkte staatliche Anordnung hat sich die wirtschaftliche Aktivität erheblich verändert und verringert: Ein hoher Anteil von Büroangestellten arbeitet von zuhause aus, der Bahnverkehr ist eingeschränkt, der Flugverkehr ist zum Erliegen gekommen. Zahlreiche Geschäfte sind geschlossen, die Gastronomie und personenbezogene Dienstleistungen weitestgehend reduziert, alle größeren Veranstaltungen abgesagt – mit entsprechenden Konsequenzen für die damit verbundenen Unternehmen. Grenzübergänge sind teilweise gesperrt, ganze Branchen – vor allem die Automobilindustrie – haben ihre Produktion heruntergefahren. Land- und Bauwirtschaft drohen Beschränkungen durch fehlenden Zugang von Saisonkräften und Subunternehmen aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland. Unternehmen aller Art leiden zum einen unter angebotsseitigen Problemen – durch Behinderungen der Wertschöpfungskette fehlen notwendige Vorprodukte; durch Reisebeschränkungen und Übertragungsrisiken fehlen Mitarbeiter – zum anderen auch unter fehlender Nachfrage. Die Finanzpolitik und die Wirtschaftspolitik haben darauf bereits umfangreich und zeitnah reagiert.

Die Kosten dieses Lockdowns belaufen sich auf mindestens 5 Prozent der Wirtschaftsleistung, solange dieser mit seiner produktionseinschränkenden Wirkung nur bis Ende April geht und die Belastung infolge gestörter Lieferketten danach nicht länger als zwei Monate anhält. Je länger diese notwendigen Maßnahmen andauern, desto größer sind die damit verbundenen wirtschaftlichen Kosten. Ein Lockdown bis in den Sommer hinein wird zu zweistelligen Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führen.

Tabelle 1-1: Maßnahmen und Indikatoren

Kalender- woche	Politikintervention im Inland	Grenzregimeveränderung (EU)		Wirtschaftspolitik	Wirtschaftliche Indikatoren		
		Mobilität von Personen	Internationaler Warenverkehr		Ifo-GK	EMI	IW Um- frage*
11. KW (09.03.)	Absage Großveranstal- tung			1) Erleichterung Bezug Kurzarbeiter- geld (rückwirkend 1.3.) 2) Liquiditätsstützung angekündigt	Februar GK: 96,0 Lage: 93,0 Erwartungen: 93,1	4.3. VerGew: 48,0 Dienstl.: 52,5	Gesamt: 37 % Industrie: 42 % Dienstl.: 35 %
12. KW (16.03.)	Bund-Länder-Vereinba- rung, Schulschließung	BE, BG, LUX, DK, EST, Fi, I CRO, LV, NL, N, P, PT, RO, S, CH, SK, ES, CZ	BG, (I), (P), (SK), (CZ)		19. März: (vorl) GK: 87,7 Lage: 93,8 Erwartungen: 82,0		Gesamt: 67 % Industrie: 68 % Dienstl.: 69 %
13. KW (23.3.)	Bundesweit umfangrei- ches Kontaktverbot: Einschränkung: 1) Versammlungsfrei- heit 2) freie Berufsausübung 3) Gewerbefreiheit 4) Schulpflicht 5) Religionsfreiheit	GR, LIT, A	(A)	1) Gesetz zur Errichtung WSF 2) Infektionsschutzgesetzänderung 3) Sozialschutzpaket 4) Gesetz zur Abmilderung der Pan- demiefolgen im Zivil-, Insolvenz-, Strafverfahrensrecht 5) COVID19-Krankenhausentlas- tungsgesetz 6) Corona-Soforthilfe für Solo/selb- ständige / KMU	25. März: GK: 86,1 Lage: 93,0 Erwartungen: 79,7 VerGew: -18,2 Dienstl.: -7,8 Handel: -21,4 Bau: 5,0	24.3. VerGew: 45,7 Dienstl.: 34,5	Gesamt: 59 % Industrie: 63 % Dienstl.: 63 %

* Jeweils stark betroffene Unternehmen; Quelle: Eigene Zusammenstellung

In solch einer Depressionsphase ist mit stärker werdenden selbstverstärkenden Abwärtseffekten zu rechnen: Wenn ein baldiges Wiederanfahren der Wirtschaft nicht zu erwarten ist, werden auch keine langlebigen Konsumgüter gekauft, Unternehmen werden nicht investieren. Damit wird die Abwärtsbewegung beschleunigt. Massiv werden dann auch die gesellschaftlichen Folgen sein, weil Menschen auf natürliche Kommunikation verzichten müssen und fundamentale Existenzängste den Alltag beherrschen. Es muss daher im Interesse der zukünftigen Wohlstandschancen der Menschen im Land sein, den notwendigen Lockdown zeitlich so gut wie möglich zu begrenzen. Das wirtschaftliche Leben muss möglichst bald wieder Schritt für Schritt angefahren werden.

2 Schwierigkeiten des Exits

Nach dem Lockdown ist aus verschiedenen Gründen mit einer verzögerten Rückkehr zur normalen wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen:

- Aus medizinischer Sicht wird aus Vorsichtsgründen nur ein schrittweises Aufheben der restriktiven Maßnahmen möglich sein.
- Für einige Bereiche werden längerfristig restriktive Maßnahmen getroffen werden, beispielsweise für Großveranstaltungen, möglicherweise für die Gastronomie oder andere Dienstleistungen.
- Die Krise trifft die verschiedenen Länder nicht gleichzeitig. Daher wird es noch über mehrere Monate Komplikationen in der Wertschöpfungskette geben, wenn in anderen Ländern Produktion ausfällt oder grenzüberschreitender Handel und Transport beschränkt sind.
- Komplexe Wertschöpfungsketten müssen koordiniert hochgefahren werden, so dass eine spontane, sofortige Rückkehr zum alten Produktionsniveau kaum möglich sein wird.
- Die Unsicherheit von Konsumenten und Unternehmen über die Stabilität zukünftiger Einnahmen wird noch für längere Zeit zu Zurückhaltung bei aufschiebbaren Ausgaben führen.

Hinzu kommt *erstens*, dass mit unbestimmter Dauer des Lockdown die Auszehrung der wirtschaftlichen Einheiten voranschreitet, zumal dann die einmaligen Zuschüsse von Seiten des Bundes und der Länder verdunstet sein werden: Bei den Unternehmen wird zunächst das Eigenkapital angegriffen, für das Fremdkapital werden ggfs. Überbrückungs-, Stundungs-, Umfinanzierungslösungen gefunden. Der Eigenkapitalverzehr mindert die wirtschaftliche Kraft des Unternehmens für eine künftige Expansion und verbaut/erschwert das Leveraging durch Fremdkapital. Jede Umfinanzierung des Fremdkapitals schwächt das Bankensystem, weil Aktiva in der einen oder anderen Form an Wert verlieren werden. Die Verlagerung auf Förderbanken begründet die Haftung durch den Steuerzahler und befördert eine Re-Nationalisierung der Finanzintermediation. Die Anzahl der Insolvenzen im Unternehmensbereich dürfte vor allem bei

Kleingewerbetreibenden, Einzelunternehmern, Solo-Selbständigen, aber zunehmend auch bei den KMU steigen (zwar liegt hier die Eigenmittelquote mit rund 35 Prozent deutlich höher als bei den ganz kleinen, doch wird die irgendwann auch erodiert sein). Insgesamt dürfte die Unternehmensersparnis kurzfristig sinken, der Unternehmenssektor wird wieder zu einem Nettokreditnehmer; mittelfristig kann dies aber Deleveraging-Prozess in Gang bringen, der die Investitionen weiter schmälert.

Zweitens ist zu bedenken, dass mit längerem Lockdown die verfügbaren Einkommen nachhaltig und nicht nur vorübergehend (abgefedert durch Kurzarbeitergeld) geschmälert werden. Es drohen Massenarbeitslosigkeit (2,5 bis 3 Millionen), Lohn- und Gehaltskürzungen, möglicherweise in hoher Anzahl Privatinsolvenzen, was wieder den Bankensektor belasten würde. Die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern würde weiter massiv einbrechen, der Sozialkonsum und die personenbezogenen Dienstleistungen müssten mit anhaltend schwacher Nachfrage rechnen. Eine endogene Gesundung dieser besonders betroffenen Bereiche – soweit die Unternehmen überlebt haben – ist deshalb immer unwahrscheinlicher. Es kommt dann sehr darauf an, welche Maßnahmen der Konsumstützung ergriffen werden können (z. B. Gutscheine). All dies spricht für eine geringere Ersparnis, während die Bewertungsverluste an den Finanzmärkten zu einer höheren Ersparnis führen können, um die Absicherung im Alter zu gewährleisten; der Nettoeffekt ist unklar.

All dies führt *drittens* zu der Überlegung, dass ein V-Profil für die wirtschaftliche Erholung nur bei einem maximal bis Anfang Mai gehenden Stillstand plausibel ist. Ansonsten droht ein U-Verlauf mit langer Talsohle. Und diese Talsohle kann von unterschiedlichen Dynamiken geprägt sein, wenn beispielsweise eine Bankendestabilisierung ab einem bestimmten Zeitpunkt unvermeidbar hinzukommt oder eine Staatsschuldenkrise droht und damit die Finanzierungskreisläufe in der Eurozone gefährdet sind. Mit solchen Nichtlinearitäten haben wir keinerlei Erfahrung aus historischen Vergleichsfällen. So ist bei längerem Lockdown auf die selbstverstärkenden Kräfte zu achten, wenn beispielsweise die konjunkturelle (durch Nachfrageausfall bedingte) Arbeitslosigkeit durch Kapitalmangelarbeitslosigkeit verschärft wird, weil den Unternehmen der Finanzierungsspielraum für neue Anlagen und Ausrüstungen fehlt. Dieses Risiko steigt in dem Maße, in dem in Europa eine zeitliche Koordinierung der Exit-Phase nicht gelingt, um die Offenheit der Grenzen für den Warenverkehr (und die grenznahe Arbeitskräftemobilität) sicherzustellen.

Viertens ist zu bedenken: Das Runterfahren der wirtschaftlichen Aktivität ging schnell, das Wiederanfahren wird eine längere Zeit in Anspruch nehmen; die Lieferketten sind rückwärts zu denken. Eine besondere Herausforderung liegt in der Orchestrierung des Neustarts, damit dieser nicht zum Kaltstart wird. Eine Aufgabe, die der Staat nur begleiten kann, aber die Koordinierung der Wirtschaft fordert. Positiv bleibt zu vermerken, dass der Kapitalstock anders als nach längerer Kriegswirtschaft oder einem Systemwechsel wie 1989/90 in dieser Krise nicht obsolet geworden ist. Dessen Re-Aktivierung hängt wesentlich davon ab, welche fiskalische Kraft man dem Staat zutraut, um die Auslastung – ganz in der Argumentation von J.M. Keynes – glaubhaft sicherzustellen. Von Seiten des Kapitalangebots dürfte infolge weiter steigender Präferenz für sichere Anlagen (Vorsichtskasse) der geforderte Zins für die Zeichnung von Staatsanleihen sehr niedrig bleiben. Es scheint nicht unplausibel, dass die organisatorische Flexibilität, welche die

Krise erfordert (Homeoffice, veränderte Meeting- und Kommunikationskultur), positive Folgen für die Produktivität hat. Die Digitalisierung führt über kapitalsparenden technischen Fortschritt endlich zu den erwarteten Produktivitätseffekten und begründet neue Wachstumshoffnung.

Zu beachten ist *fünftens* schließlich, dass das Ende des Lockdowns nicht einem Startschuss entsprechend alles wieder auf Normalzustand bringt, sondern sicher durch weiter bestehende Einschränkungen gekennzeichnet sein wird. Umso wichtiger ist es, die Lockdown-Phase auf das medizinisch notwendige zu beschränken und zugleich eine klare Perspektive darüber zu geben, wie die weiteren politischen Schritte aussehen werden. Dort, wo noch keine zeitlichen Perspektiven aufgezeigt werden können, sollte zumindest deutlich gemacht werden, von welchen Indikatoren die weiteren Schritte abhängen. Dies steigert Vertrauen und unterstützt die wichtige Erwartungsbildung von Bürgern und Unternehmen.

3 Politische Gestaltung des Exits

Für eine *wirtschaftspolitische Exit-Strategie aus dem Corona-Lockdown nach Ostern* (Ende April) sind neben den epidemiologischen Voraussetzungen (massenhaftes Testen auf den Virus, die Identifizierung von Kontaktpersonen und die Isolierung von Infizierten) folgende Elemente notwendig. Beachtenswert ist dabei auch, dass die verschiedenen Wirtschaftszweige einem unterschiedlichen Druck ausgesetzt sind und einen zeitlich divergierenden Handlungsbedarf begründen (Tabelle 3-1). Während Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen zwar einen hohen Druck verspüren, aus dem Lockdown auszusteigen, so bleiben dann aber auch die weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen überschaubar. Anders sieht dies in der Industrie aus, die kurzfristig wegen ihrer Kapitalstärke, der leichteren Nutzbarkeit der Kurzarbeitergeldregelung und der Möglichkeit, wenigstens partiell aus unterschiedliche regionale oder sektorspezifischer Entwicklung Abfederungen zu organisieren, robuster sein dürfte, mittelfristig jedoch wegen der drohenden Asynchronität der internationalen Märkte sowie der Abhängigkeit der Lieferketten einer stärkeren Unterstützung bedarf.

Alle Maßnahmenplanungen können nur vorläufiger Natur sei. Eine Abschätzung der Folgen eines wirtschaftlichen Einbruchs für verschiedene Zielgruppen als auch der Wirksamkeit der Gegenmaßnahmen sollte so früh wie möglich auf den Weg gebracht werden. Erste Schritte einer befragungsgestützten Evaluation machen es möglich, Programme zurückzufahren oder auch auszudehnen. Aus aktueller Perspektive erscheinen folgende zwölf Punkte besonders bedeutsam:

1) Tests und medizinische Behandlungskapazitäten aufbauen

Die großflächige Erhöhung von Test- und Behandlungskapazitäten (Test-Kits und Laborkapazitäten, Tracing-Software, medizinischer Sauerstoff, Beatmungsgeräte, Intensivbetten, Personal) ermöglicht einen schnelleren Exit aus dem Lockdown und ist daher ein notwendiger erster Schritt zur wirtschaftlichen Normalisierung.

2) Schulen und Kindergärten öffnen

Die Wiederaufnahme des Schulbetriebs und der Kinderbetreuung ist von fundamentaler ökonomischer Bedeutung, weil nur so die Eltern mit der notwendigen Aufmerksamkeit ihrer

Beschäftigung nachgehen können. Kinderbetreuung oder gar Homeschooling parallel zum Homeoffice sind keine adäquaten Alternativen. Zudem nehmen die Leistungsunterschiede zwischen den Kindern in Abhängigkeit zum Elternaus nach einiger Zeit weiter zu.

Für eine möglichst schnelle Öffnung müssen Wege jenseits der bisher gekannten Organisationsformen gefunden werden. Der Verzicht von Präsenzunterricht für die Abiturienten schafft zusätzliche Kapazitäten, durch Unterricht im Schichtbetrieb am Vor- und Nachmittag kann die Schülerzahl reduziert werden, die gleichzeitig vor Ort ist. Sicherzustellen ist, dass Lehrer aus Risikogruppen (Alter, Vorerkrankung) vom Unterricht freigestellt werden. Ein flächendeckender Schnelltest für alle Schüler kann als Bedingung für die Öffnung der Schule vorgesehen werden.

3) Verkehrskapazitäten erhöhen

Die heruntergefahrte Verkehrsinfrastruktur muss schnell erhöht werden, um den Weg zur Arbeit zu ermöglichen. Eine höhere Taktung reduziert die Zahl der Menschen im jeweiligen Bus oder der Bahn. Durch improvisierte Abtrennungen können möglicherweise Abteile z. B. in Zügen geschaffen werden, wodurch sich die soziale Distanz zwischen den kleineren Gruppen von Reisenden erhöhen lässt.

4) Öffentliche Verwaltung öffnen

Die öffentliche Verwaltung ist zügig wieder zu öffnen, auch für den Besucherverkehr. Dies normalisiert das öffentliche Leben, hat aber beispielsweise auch im Fall von KFZ-Zulassungsstellen direkte wirtschaftliche Relevanz. Schutzmaßnahmen, wie sie beispielsweise in Supermärkten oder Apotheken getroffen wurden, können auch hier die Ansteckungsgefahr verringern.

5) Handel und Dienstleistung zulassen

Sobald wie möglich sollen Handelsgeschäfte und derzeit untersagte Dienstleistungen wieder zugelassen werden, soweit von diesen nicht ein erhebliches Risiko ausgeht. Die unterschiedliche Vorgehensweise in den Bundesländern spricht beispielsweise dafür, dass der Handel nicht so weitgehend geschlossen sein muss, wie dies derzeit teilweise der Fall ist. Für Restaurants sind klare Vorgaben beispielsweise zum Abstand zwischen den Tischen zu machen. In den Sommermonaten sollte großzügig mit Servicemöglichkeiten auf Bürgersteigen und Plätzen umgegangen werden:

Für die Bereiche, bei denen von längerfristigen Beschränkungen oder Verboten auszugehen ist, ist Klarheit über diese Perspektiven erforderlich. Zudem muss in diesen Fällen über massive Unterstützungsleistungen nachgedacht werden. Sollten beispielweise Großveranstaltungen noch über viele Monate untersagt bleiben, würde dies sonst zu einer Konkurswelle unter Messebauern, Catering-Unternehmen, Veranstaltungshallen, Tagungshotels, Event-Veranstaltern, Theatern und vielen anderen mehr führen.

6) Produktion in der Industrie hochfahren

Um die industrielle Produktion wieder hochfahren zu können, müssen komplexe Wertschöpfungsnetze reaktiviert werden. Dazu ist erforderlich, dass die Unternehmen trotz der krisenbedingten Liquiditätsschwierigkeiten weiterhin am Markt sind. Notwendig ist auch, dass die Mitarbeiter in Produktion, Logistik, Sales und After-Sales sicher und ansteckungsfrei ihrer Arbeit

nachgehen können. Systematischen Schnelltest der Belegschaften können dies gewährleisten. Hier sind Gesundheitsämter und Betriebe gleichermaßen gefordert. Teilweise müssen zudem Vertriebskanäle wieder zugelassen werden, beispielsweise Autohäuser, und öffentliche Zulassungsstellen wieder arbeiten.

Um die Wertschöpfungsnetzwerke möglichst friktionsfrei wieder anfahren zu können, bedarf es zudem eines klaren Signals, wann wieder mit einer Normalisierung gerechnet werden kann. Darauf aufbauend können die notwendigen Koordinierungen vorgenommen werden. Dies sollte soweit möglich im europäischen Verbund geschehen, da die Produktion in Europa stark länderübergreifend vernetzt ist.

7) Offene Grenzen sichern

Die komplexen Wertschöpfungsketten basieren auf internationaler Arbeitsteilung und damit verbunden dem internationalen Austausch von Gütern. Grenzen für Waren müssen offengehalten und wo notwendig wieder friktionsfrei geöffnet werden, das gilt auch für den grenznahen Arbeitskräfteaustausch (abgesichert durch Schnelltestverfahren). Internationaler Austausch über den Luft-, See- und Landweg muss gewährleistet werden.

8) Großzügig mit fiskalischen Forderungen umgehen

In den ersten Wochen nach Wideranfahren wird in vielen Unternehmen die Liquiditätssituation weiterhin kritische sein, zumal wenn verlorene Umsätze nicht nachgeholt werden können. Um die Unternehmen nicht zu gefährden, muss die öffentliche Hand sich bei Steuernachzahlungen, Sozialversicherungsbeiträgen und Rückzahlungen von Überbrückungskrediten großzügig verhalten. Gegebenenfalls ist ein Forderungsverzicht bei Fortführung der Geschäftstätigkeit zu prüfen.

9) Einreise ausländischer Arbeitnehmer möglich machen

Verschiedene Branchen sind auf ausländische Arbeitskräfte oder Subunternehmer angewiesen. Dies gilt beispielsweise für die Landwirtschaft und die Bauwirtschaft. Vorrangregelungen und Schnelltests für diese Gruppen können dazu beitragen, eine sichere Einreise rechtzeitig zu ermöglichen.

10) Fiskalischen Startschuss geben

Durch eine – ohnehin gebotene – steuerliche Entlastung kann ein Aufbruchsignal an Konsumenten und Unternehmen gesendet werden. Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum Sommer wäre ein solches Signal, das wie ein Startschuss für einen neuen Aufschwung wirken kann.

11) Nachfrageprogramm vorbereiten

Aufgrund der negativen Erwartungsbildung in der Bevölkerung kann es zu einer Situation kommen, in der langlebige Konsumgüter oder Investitionen (beispielsweise auch in klimafreundliche Heizungen) nicht getätigt werden. Wenn sich dies auch nach Aufheben der Angebotsrestriktionen als krisenverlängerndes Problem erweist, kann dem mit spezifischen Programmen zur Nachfragestimulation begegnet werden, wie dies auch in der Wirtschaftskrise 2009 erfolgreich war. Dies muss jetzt vorbereitet und nötigenfalls umgesetzt werden.

12) Wachstumsprogramm aufsetzen

Die Corona-Krise ist vermutlich auf Jahre ein spürbarer Rückschritt in der Wohlstandsentwicklung des Landes. Dies trifft die deutsche Volkswirtschaft in einer Zeit, in der sie ohnehin vor großen Strukturveränderungen und disruptiven Veränderungen steht. Damit wird ein umfangreiches Programm zur Verbesserung der Standortbedingungen und zur Stärkung der Disruptionsfähigkeit notwendig, um durch angebotsseitige Maßnahmen Investitionen, Innovationen und zukünftiges Wachstum zu ermöglichen. Der Staat beteiligt sich – auf die Anfangsphase begrenzt – an den risikoträchtigen Innovationen im Bereich Gesundheit, Energie, Klima und setzt damit Signale.

Tabelle 3-1: Restriktionen und Re-Start-Potenziale der Sektoren

		Angebot	Nachfrage	Zeitpfad
Landwirtschaft		Verfügbarkeit von Saisonkräften	eventuell Rückgang durch Handelsbeschränkungen und Kaufkraftverluste	Kurzfristig, wenn Saisonkräfte verfügbar
Verarbeitendes Gewerbe		Störungen in internationalen Wertschöpfungsnetzen, Handelsbeschränkungen Verfügbarkeit von Mitarbeitern (Homeoffice, Gesundheitsschutz)	Rückgang bei nachlassender Weltwirtschaft, Störungen bei Abnehmern, Zurückhaltung bei Investitionen und beim Kauf langlebiger Konsumgüter	Längerfristige Störung, schwieriger Rückgang zur Normalsituation
Bauwirtschaft		Verfügbarkeit von Subunternehmern aus EU, ggf. Lieferung von Material	Zurückhaltung bei Investitionen und privater Modernisierung	Längerfristig vor allem auf der Nachfrageseite
Energieversorgung		Bisher geringe Angebotsprobleme	Deutliche Nachfragerückgänge	Schnelle Reaktion bei steigendem Bedarf möglich
Dienstleistungen	digitalisierbar	Kapazitätsgrenzen bei Netzen Verlagerung von analogen zu digitalen Angeboten	Hohe Nachfrage durch Digitalisierungsschub	Kurzfristig und nachhaltig
	Sozialkonsum	Restriktionen zur Krankheitsbekämpfung (Abstand, Veranstaltungsgröße)	Im Wesentlichen schnell reaktivierbar	Kurz- bis langfristig, je nach Auflagen
	Personenbezogen	Verbote zur Krankheitsbekämpfung	Schnell reaktivierbar	Kurz- bis langfristig, je nach Auflagen

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abstract

The fight against the corona epidemic has led to an insulation of the social and economic life and will have considerable economic consequences. Important areas of the industry and service sectors were shutdown partly or fully. A resumption of activity should happen as soon as possible, once the medical pre-conditions have been established and are being met. This requires a clear exit-strategy and several steps to enable the return to the previous welfare- and growth data levels.

After securing the survival during the crisis via various liquidity lines and bridging loans, the re-start of the economy requires in particular the re-launch of public infrastructure, especially of schools and kindergartens. To facilitate a coordinated and synchronized re-start of complex industrial value chains, we need clear signals on the planned schedule. A tax policy driven departure signal and a demand-side focused growth programme could make an important contribution for a new economic dynamic after the crisis.